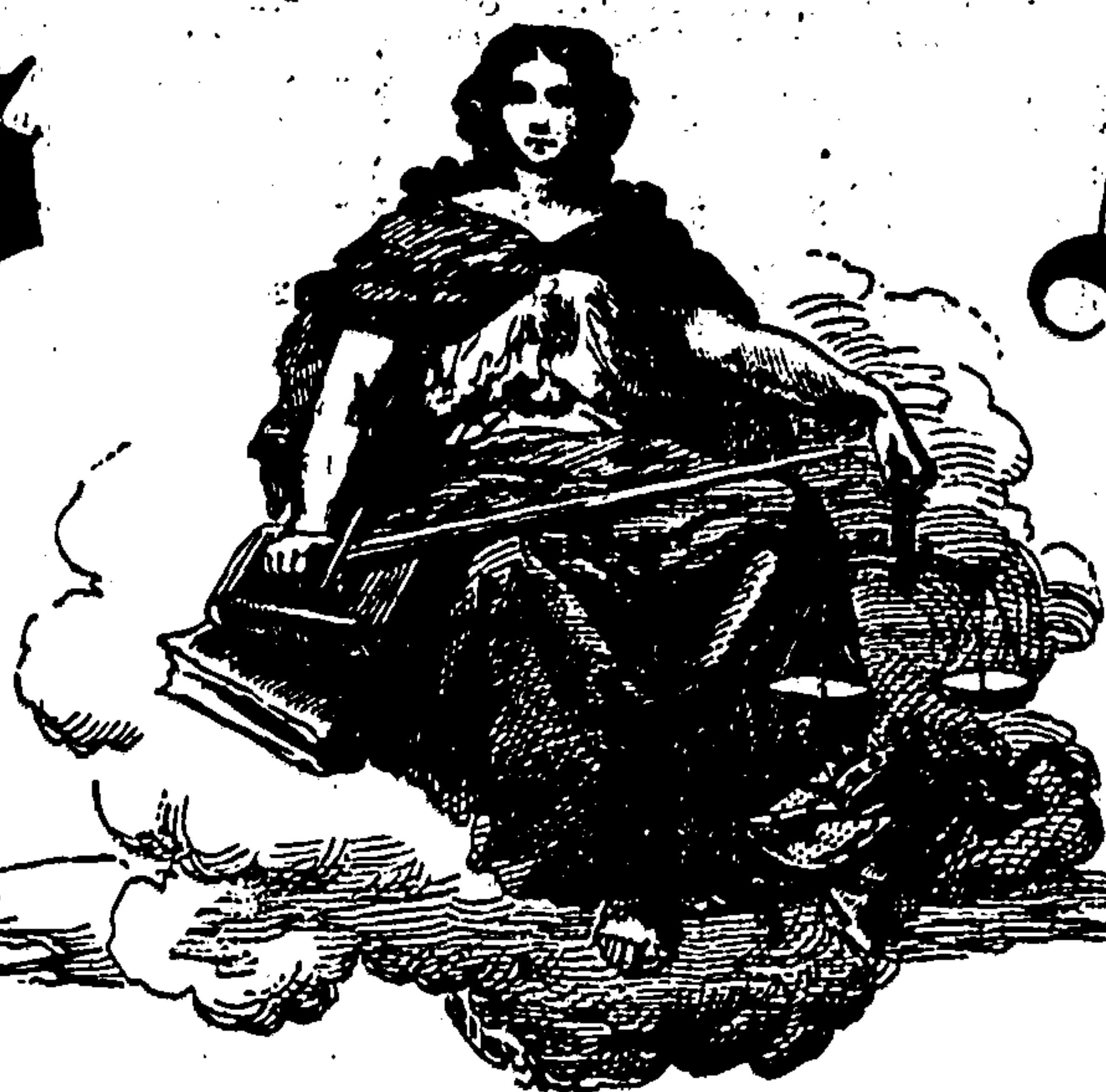


Gerichts

Zeitschrift
für
Kriminal-, Polizei- und Civil-Gerichtspflege
des In- und Auslandes,
verbunden mit politischer Rundschau u. einem Feuilleton.

Erscheint wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend (morgens)
je 2-3 Bogen Folio.

Verantwortlicher Redacteur:
H. Jüterbock in Berlin.



Zeitung.

Das Gesetz unsere Waffe,
Gerechtigkeit unser Ziel.

Abonnement: Im Deutschen Reich und in Oesterreich
vierteljährlich . . . 2 Mark 50 Pf.
In Berlin einschließl. { vierteljährlich . . . 2 Mark 40 Pf.
Dringenslohn { monatlich 80 Pf.

Einzelrat:
die viergespaltene Petitzeile 35 Pf.
die ganze Seite 210 Mark.

Verlag und Expedition:
Gustav Behrend (Hermann Förstner)
W. Charlottenstraße 27.

Sonnabend, den 15. August.

Sandgericht I.

Zweite Strafkammer.

Es ist sonderbar zu sehen, welchen unendlichen Fleiß die Spitzbuben darauf verwenden, eine That zu begehen. Legten sie nur ein Zehntel des fittlichen Willens an, um eine gute That zu vollführen, es würde ihnen hundertfältigen Nutzen bringen.

Der 26jährige Schlächtergeselle Oskar Grümacher hatte hin und her gesonnen, wie er wohl zu einigem Gelde kommen könne. Als er darüber auch am Morgen des 9. Mai nachdachte, hörte er zufällig seinen Nachbar erzählen, daß er sich seine Stiefel vom Schuhmacher Parman holen wolle.

Grümacher beschloß, die Stiefel sich zu eigen zu machen. Er begab sich zu dem erwähnten Fußbekleidungskünstler, bat um die Stiefel des Nachbarn gegen Erlegung der Reparaturkosten von 70 Pf., und, im Besitz der Stiefel, verkaufte er dieselben an einer anderen Stelle für 3 Mt. 50 Pf., um demnach den Erlös zu verjubeln.

Die Strafe für diese That würde den Grümacher nicht so bald erreicht haben, wenn ihn nicht sein böser Genius verleitet hätte, am 22. Mai schon wieder ein Gaunerstückchen zu unternehmen. Er suchte an diesem Tage ein Lokal, wo er so recht gemütlich ohne andere Gäste sein könnte; denn seine That war eben nur ohne Zeugen im „besten Falle“ ausführbar. Er besaß nämlich eine Anzahl falscher Ein-Markstücke und suchte dieselben los zu werden. Der Sohn des Schankwirts, der den Gast bediente, war sehr kurzfristig, und insofern lag Grümachers Sache sozusagen „sehr günstig“; aber zufälligerweise prüfte bei der Bezahlung der Beche der Empfänger des Geldes doch etwas genauer und entdeckte, daß der Gast ein falsches Markstück gegeben hatte.

Dies war die Ursache von Grümachers Verhaftung, der übrigens mit dem Strafgesetzbuch schon so eingehende Bekanntschaft gemacht hatte, daß sich der Vertreter der königlichen Staatsanwaltschaft veranlaßt sah, in seinem Antrage ein Jahr sechs Monate Zuchthaus vorzuschlagen. Der Gerichtshof faßte die Straftat ganz ebenso ernst auf, verurteilte indessen den Grümacher nur zu einem Jahre Zuchthaus. Der Verbrecher war ersichtlich völlig verblüfft; denn er fragte, als er das Zimmer verlassen sollte, erst noch den Richter, welche Strafe eigentlich ausgesprochen sei. Ein Jahr Zuchthaus erschien ihm unerhört.

Mutgericht I.

Dreihundneunzigste Abteilung.

„Man soll dem Dämon, der da drischt, nicht das Maul verbinden.“ ist ein sehr schönes und wahres Bibelwort; es handelt sich gewandte Geschäftsmann nach diesem Grundsatz und gehalten seinen Angehörigen, sich von den Waren im Geschäft zu nehmen, so weit es für den persönlichen Bedarf nötig ist.

Andererseits ist es leider nur zu häufig schwer zu beklagen, daß der Angestellte denkt, er dürfe mit den ihm anvertrauten Waren schalten und walten, wie es ihm beliebt, ohne zu bedenken, wo die Grenzen des Erlaubten gezogen sind.

Unzählig oft sind, begreiflicherweise denn auch die Fälle, in denen Leute wegen Veruntreuung geringwertiger Objekte verklagt werden. So hatte auch die wegen Eigentumsvergehen vielfach vorbestrafte Frau Krantel, geb. Merzwinsh, 36 Jahre alt, deswegen gestern vor dem Straftribunal sich zu verantworten, weil sie im Geschäft ihres Arbeitgebers Seide, Zwirn und Knöpfe eingestekt und an Frau Emilie Gilke verkauft hatte. Erstere bestritt natürlich jede Verleitung zur Fälschung; indessen gewann der Gerichtshof die sichere Ueberzeugung, daß Frau Krantel kein Unrecht geschehe, wenn sie als die Schuldige angesehen werde. Frau Gilke aber mußte nach Lage der Sache wohl wissen, daß die

Mäuselbe, die sie in besonders guter Qualität für sehr niedrige Preise gekauft hatte, unredlich erworben war. Das Urteil fiel nach Lage der Sache sehr hart aus, und zwar erhielt die Krantel mit Rücksicht auf die Vorstrafen 1 Jahr 6 Monat Zuchthaus, die Gilke eine Gefängnisstrafe auf dieselbe Zeit.

Siebenundachtzigste Abteilung.

Eine gewisse Sucht, schlagfertig im Wort zu sein und demselben eine satirische und humoristische Färbung zu verleihen, läßt sich beim Berliner beobachten. Diese Sucht verleitet leider schon Unerwachsene, vorlaut zu werden, und Erwachsene, die Vorlauten zu dulden oder gar sie zu belachen. Dies wirkt nicht günstig auf Kinder, und man findet nicht selten kleine Berliner, die unter den erwähnten Umständen ihrem losen Munde zu Liebe den Respekt vor Erwachsenen völlig außer Augen setzen, und dieser Punkt ist ein sehr ernst, da er später auch zur Verhütung des Gesetzes verführt.

Eine gestern zum Abschluß gebrachte Untersuchungs- sache zeigte uns, zu welchen Unannehmlichkeiten der verwahrloste Mund eines Kindes führt.

Der Kaufmann Max Bruno Schulz, ein junger Mann, erhielt in seinem Materialgeschäft mehrfach den Besuch eines achtjährigen Knaben. Das Kind besaß eine besondere Neigung, andere Leute durch allerlei dreiste Redensarten zu reizen, und verließ namentlich niemals den Laden, ohne dem Geschäftsinhaber einige auf Spöterei berechnete Worte zuzurufen. Den Kaufmann ärgerte schon lange diese Unart; doch hielt er an sich, um die Kundenschaft nicht verlieren zu wollen. An einem Tage im Juni d. J. trieb es aber der kleine Rasewitz, der eine Flasche Petroleum holte, besonders arg, und, um der Sache die Krone aufzusetzen, wandte er sich beim Nachhausegehen an der Thürschwelle noch einmal um, um gegen den Kaufmann ein den Stand desselben beleidigendes Schimpfwort auszusprechen. Herr Schulz, gerade damit beschäftigt, einem anderen Kunden Sauerstoff abzumessen, hielt die hölzerne Gabel des Kohlfasses in der Hand, und in seiner Gereiztheit über die neue Unverschämtheit des Bürschchens, warf die Gabel nach demselben und traf den kleinen Missethäter über den Augen an die Stirn, so daß eine leichte Verwundung verursacht wurde. Der Knabe lief heulend davon, und Herr Schulz, den seine Handlung bereits reute, eilte zu den Eltern des Kindes, hat um Entschuldigung und erbot sich, alle Kurkosten bezahlen zu wollen.

Der Vater des Verletzten kannte jedoch keine Nachsicht; er stand nicht an, eine Strafanzeige zu erstatten, die den Kaufmann unter der Anschuldigung vorsätzlicher Körperverletzung auf die Anklagebank brachte.

Nach erfolgter Beweisaufnahme ließ die königliche Staatsanwaltschaft die Anklage auf vorsätzliche Körperverletzung fallen, nahm Fahrlässigkeit an und beantragte eine Geldstrafe von 30 Mt. Der Gerichtshof glaubte, der mutwillig hervorgerufenen Gereiztheit des Angeklagten noch mehr Rechnung tragen zu müssen, und verurteilte denselben nur zu einer Geldstrafe von 10 Mt. bezw. zwei Tagen Gefängnis.

Polizei- und Tages-Chronik.

Die Arrestkautions- und deren Rückzahlung.

Als mit dem 1. Oktober 1879 die Reichsjustizprozeßordnung in Kraft trat, hoffte man, daß damit dem unheilvollen Zustande ein Ende gemacht sei, wonach der leichtfertige Arrestkäufer nur dann dem Beklagten wegen des angelegten dinglichen Arrestes Schadenersatzpflichtig sei, sobald ihm böser Vorsatz oder schuldbares Versehen nachgewiesen würde. Man hoffte, daß der § 801 C. P. O. eine allgemeinere Auslegung dahin finden werde, daß der Arrestschlag für den Schaden haftbar mache und dem Arrestanten zur Sicherung dessen bestellt werde. Föhrer-Gedus ist hierfür bestimmt eingetreten (Preussisches Privatrecht Bd. I S. 630); auch wir haben die gleiche Ansicht vertritt (im Deutschen Gerichtshof) Bd. I S. 123). Das Reichsgericht hat die Hoffnungen nicht zur Wahrheit werden lassen; es hat

für das gemeine und das preussische Recht entwickelt, daß eine Schadenersatzpflicht Vorsatz oder Versehen voraussetze. (Vergl. namentlich Entscheidungen des Reichsgerichts in Civil-Sachen Bd. VII S. 381.) Wer in den Verkehr hineinblickt, der wird den Eindruck gewinnen, daß noch immer eine große Zahl leichtfertiger Arreste vorkomme, und daß der Geschädigte unentschädigt bleibt, weil es ihm selten gelingt, Vorsatz oder Versehen zu beweisen. Die Arrestkautions hat damit fast gar keinen Zweck für den Beklagten und ist kaum mehr als eine Annahmung für den Richter, nicht allzuleicht mit dem Arrestbeschluss vorzugehen. Andererseits glaubt aber wohl gar ein Richter, daß er jede Verantwortung für den Arrest bestimme, wenn er Kautions verlangt habe.

Wir sprechen mit voller Bestimmtheit hier aus: Die Regelung des Kautionspunktes beim Arrest ist in der Civilprozeßordnung mangels einer allgemeinen Schadenersatzpflicht des Arrestkautions eine gänzlich verfehlte.

Man sollte nur meinen, daß das Reichsgericht bei der Bedeutungslosigkeit der Kautions die Rückzahlung derselben an den Kläger erleichtere, wie früher unter der Herrschaft der Allg. Gerichtsordnung eine Rückzahlung erfolgte, wenn der Beklagte nicht innerhalb einer ihm vom Richter gestellten Frist seine Ansprüche geltend gemacht hatte. Das Reichsgericht hat den erleichterten Weg nicht für zulässig erachtet und folgendermaßen ausgesprochen (III. Civilsenat, Beschl. v. 24. IV. 1884):

Die nach § 801 C. P. O. dem Beklagten bestellte Arrestkautions kann nicht eher zurückgegeben werden, als bis festgestellt, daß von dem Beklagten Ansprüche an dieselbe nicht zu erheben sind. Wenn die Kautions wegen des Mangels einer genügenden Bescheinigung der Forderung des Klägers seines Arrestanspruchs bestellt worden wäre, so würde allerdings durch die seitdem in der Hauptsache erfolgte rechtskräftige Verurteilung des Beklagten der Fall, für welchen die Kautions zu hafte hatte, beseitigt und somit dem jetzigen Gesuche des Klägers ohne weiteres stattzugeben sein. Die Kautions ist aber nach Inhalt des Arrestbefehls vom 14. Februar 1883 vielmehr bestellt worden zur Ergänzung der ungenügenden Glaubhaftmachung des Arrestgrundes, und sie hafte also dem Beklagten wegen der von ihm für den Fall, daß der geltend gemachte Arrestgrund nicht bestanden hat, etwa zu begründenden Ansprüche auf Ersatz des ihm durch die ungerechtfertigte Erwirkung des Arrestes verursachten Schadens. Daß der Beklagte gegen den Arrestbeschluss keinen Widerspruch erhoben hat, steht der Möglichkeit solcher Ansprüche nicht entgegen, weil die Unterlassung des Widerspruches nicht als Zugeständnis des Arrestgrundes, sondern nur als Unterwerfung unter die gegen Sicherheitsleistung erfolgte Verhängung des Arrestes aufgefaßt werden kann. Durch die Rechtskraft des in der Hauptsache ergangenen Urteils ist zwar der formell noch fortbestehende dingliche Arrest, da die Wirkkraft desselben nicht über diejenige der nunmehr zulässigen Zwangsvollstreckung hinausgreift, für die Zukunft bedeutungslos geworden; es ist aber die Möglichkeit vorhanden, daß der Beklagte durch den Arrest schon vorher Nachteile erlitten hat, wegen deren er die Kautions in Anspruch zu nehmen vermag. Die Entscheidung über das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein solcher Ansprüche gehört nicht zu den Aufgaben des Arrestgerichts; sie kann von dem einen wie von dem anderen Teile nur in dem Wege der Aufstellung einer entsprechenden besonderen Klage herbeigeführt werden. Demnach kann der Kläger den zur Begründung seines Gesuchs um Rückgabe der Kautions erforderlichen Nachweis, daß von dem Beklagten Ansprüche an dieselbe nicht zu erheben sind, nicht anders anbringen als entweder durch die Beibringung der Einwilligung des Beklagten oder durch die Vorlegung eines denselben zur Erteilung seiner Einwilligung verpflichtenden, beziehungsweise die Richterinstanz von Ansprüchen desselben an die Kautions feststellenden rechtskräftigen Urteils.

Hiermit ist die Sache in ein zweites Stadium der Unvergleichlichkeit getreten. Der berechtigte Arrestschlag erfolgt häufig gegen recht böse Schuldner. Einem solchen ist nun der Weg geöffnet, seinen Gläubiger zu kränken; indem er ihm die Genehmigung zur Rückzahlung der Kautions nicht erteilt. Die Folge ist dann, daß der Kläger einen neuen, für ihn mit Kosten verbundenen Prozeß anstrengen muß.

Mehrere Erben eines Erblassers beantragten beim Gericht Erteilung eines Erbeslegitimations-Arrestes und überreichten dabei nicht nur die als Erben legitimierenden Papiere, sondern auch die Erbeslegitimation eines Miterben. Von letzterem wollte der Nachlassrichter jedoch keine Notiz nehmen, wurde dazu aber durch folgende Verfügung des Obergerichts angewiesen: Das Gesetz vom 12. März 1869, betreffend die Ausweisung gerichtlicher Erbeslegitimationen, lautet im § 5 dahin: Das Gericht hat, wenn es das Erbrecht für nachgewiesen er-

Seite eine Beilage.